



CDU-Kreistagsfraktion • Valkenburger Str. 45 • 52525 Heinsberg

Geschäftsstelle: Zimmer 125
Telefon: 0 24 52 / 13 – 17 10 o. 1711
Telefax: 0 24 52 / 13 – 17 15
E-Mail: CDU-Fraktion@kreis-heinsberg.de

Herrn
Vorsitzenden des Ausschusses
für Gesundheit, Soziales und
Generationenfragen
Dr. Hanno Kehren

Datum: 26.10.2023

Per Email

Antrag zur Beratung und Beschlussfassung in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Generationenfragen am 15. November 2023, Folgeregelung „Come U25“

Sehr geehrter Herr Dr. Kehren,

das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hatte geplant, die Zuständigkeit für die berufliche Eingliederung der unter 25-jährigen Bürgergeldbezieher vom Jobcenter zur Bundesagentur für Arbeit (von SGB II zu SGB III) zum 01.01.2025 zu verlagern. Damit wäre der Kreis für psychosoziale Betreuungsleistungen nach § 16a SGB II für diese Personengruppe nicht mehr zuständig. Vor diesem Hintergrund wurde die entsprechende Leistung (hier: COME U25 durch die Caritas) nicht erneut ausgeschrieben. Der derzeitige Ausschreibungszeitraum endet mit dem 31.01.2024.

Zwischenzeitlich ist das BMAS nach erheblichen Protesten und flächendeckender Kritik von seinem ursprünglichen Ansinnen abgerückt und hat einen Alternativvorschlag unterbreitet. Ein konkreter Gesetzesentwurf liegt aber noch nicht vor. Mindestens bis zur Neuregelung bleibt der Kreis gemäß § 16a SGB II auch für die hier betroffene Personengruppe zuständig; nimmt man den Termin der angedachten Neuregelung zum Maßstab also für 11 Monate. Eine Neuausschreibung für diesen Zeitraum wäre angesichts des Termindrucks und der Kosten ineffizient. Darüber und über die noch unklare Neuregelung wurde die Politik in der Fraktionsvorsitzenden-Runde am 23. August 2023 informiert.

Die betroffene Personengruppe hat einen erhöhten Betreuungsbedarf gegenüber den übrigen Berechtigten nach § 16a SGB II, die in der Tiefe vom Jobcenter nicht vollständig abgedeckt werden kann.

Die CDU-Fraktion **beantragt** daher folgende Beschlussfassung herbeizuführen:

Die Kreisverwaltung sucht eine Möglichkeit, das Jobcenter für die Dauer der ungeklärten Zuständigkeitsfrage in die Lage zu versetzen, dem erhöhten Betreuungsbedarf der Personengruppe „Come U 25“ zumindest teilweise zu entsprechen. Hierdurch ggf. entstehende Mehraufwendungen sollen durch Kompensation an anderer deckungsfähiger Stelle des Haushaltes möglichst ausgeglichen werden.

Für die CDU-Fraktion



Harald Schlößer
Fraktionsvorsitzender



Martin Kliemt
Geschäftsführer



Daniel Reichling
Geschäftsführer